

Antrag 124/I/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Schaffung und Bewahrung von Frieden - Herausforderungen und Ziele der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

1 Friedliche Konfliktlösungen haben auf Dauer nur eine
 2 Chance, wenn die Menschen das Gefühl haben, in einer
 3 gerechten Welt zu leben. Dieses Gefühl und das Vertrau-
 4 en in die deutsche und europäische Sicherheitspolitik ha-
 5 ben sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Beides muss
 6 im Rahmen einer auf breiter gesellschaftlicher Grundlage
 7 geführten sicherheitspolitischen Debatte neu entstehen.

8
 9 Für die SPD ist Krieg kein Mittel der Politik; oberstes Ziel
 10 sozialdemokratischer Sicherheits- und Verteidigungspoli-
 11 tik ist die Schaffung und Bewahrung von Frieden.

12
 13 Wir fordern dazu auf, dass sich Deutschland und die EU
 14 für eine globale Ächtung von Nuklearwaffen und auton-
 15 omer Waffensysteme sowie eine weltweite Abrüstungspo-
 16 litik einsetzen.

17
 18 Die NATO bleibt grundlegender Rahmen für kollektive
 19 Sicherheit. Ihr europäischer Pfeiler muss gestärkt wer-
 20 den. Wir fordern den weiteren Ausbau der Gemeinsa-
 21 men Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu einem ei-
 22 genständigen gemeinschaftlichen Politikbereich. Ziel soll-
 23 te eine vom Europäischen Parlament kontrollierte und ei-
 24 nem europäischen Verteidigungsministerium zugeordne-
 25 te EU-Armee mit unmissverständlich defensivem Auftrag
 26 sein.

27
 28 Wir fordern eine effiziente EU-Koordinierung von Rüs-
 29 tungsprojekten, transparente und effiziente Beschaf-
 30 fungsstrukturen für die Bundeswehr und gemeinschaftli-
 31 che EU-Regeln für Rüstungsexporte; für Krisenländer sind
 32 sie - auch über Umwege - zu unterbinden. Zusammen mit
 33 vorausschauender Konfliktprävention trägt dies auch da-
 34 zu bei, aus Flucht- und Migrationsbewegungen nach Eu-
 35 ropa resultierende Krisen zu begrenzen.

Begründung**Neun Thesen zu einer sozialdemokratischen Sicherheits-
politik**

40 Das Ende des Kalten Krieges, Abrüstungsvereinbarungen
 41 und eine prosperierende Weltwirtschaft haben die öf-
 42 fentliche Debatte über äußere Sicherheit während der
 43 zurückliegenden 30 Jahre in den Hintergrund gedrängt.
 44 Weil Deutschland nur noch von befreundeten oder EU-
 45 Mitgliedstaaten umgeben ist, fühlen wir uns sicher und
 46 Bedrohungen der äußeren Sicherheit erscheinen weit ent-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Gemeinsame Fassung FA I+FA II****Sozialdemokratische Kriterien für eine vertiefte Europäi-
sche Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Die S&D-Fraktion des Europaparlaments, die SPD-
 Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
 Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert,
 sich für folgende sozialdemokratische Richtlinien bei der
 Europäisierung der Sicherheitspolitik einzusetzen:

**1. Gesamteuropäische Strategie und Schaffung einer EU-
Armee:**

Der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik liegt das Ver-
 ständnis zugrunde, dass Konflikte primär aus sozialen Ur-
 sachen erwachsen. Eine europäische Sicherheits- und Ver-
 teidigungsstrategie darf sich daher nicht auf militärische
 Lösungen beschränken. Vielmehr müssen die sozialen Ur-
 sachen, aus welchen die heutigen Bedrohungspotentiale
 für die EU entstehen, in den Blick genommen werden.

Radikalisierung und Terror, Flucht und Vertreibung sowie
 Konflikte durch Ressourcenknappheit und Klimawandel
 sind Folge struktureller Ungleichheit. Der Kern einer nor-
 mengeleiteten europäischen Gesamtstrategie muss da-
 her ein ganzheitlicher Ansatz (Comprehensive Approach)
 sein mit dem Ziel, diese Ungleichheiten zu überwinden.

Von militärischen Einsätzen auf der Grundlage eines
 „kleinsten gemeinsamen Nenners, wie etwa der Siche-
 rung des Zugangs zu Ressourcen, Sicherung der Handels-
 wege oder der Eindämmung von Migrationsbewegun-
 gen muss abgesehen werden. Einer „Geopolitisierung“
 der europäischen Sicherheitspolitik muss entgegen ge-
 treten werden. Daher müssen Anstrengungen unternom-
 men werden, eine Frieden schaffende und Frieden si-
 chernde Strategie im hier beschriebenen Sinne durch eine
 kooperative Initiative der europäischen Sozialdemokratie
 auf den Weg zu bringen.

Der Beitrag der militärischen Friedenssicherung in Form
 von bewaffneten Interventionen erhält in einem solchen
 Konzept den Charakter eines letzten Mittels (Ultima Ra-
 tio), für den Fall, dass alle anderen vorrangig einzusetzen-
 den Mittel der Konfliktlösung durch Diplomatie, interna-
 tionale Organisation und Verträge, vor allem aber durch

47 fern und werden allenfalls unklar wahrgenommen. Die
 48 Erfahrung einer anwachsenden Terrorismusgefahr lenkt
 49 den Blick auf die innere Sicherheit. Innere und äußere Si-
 50 cherheit sind allerdings zwei Seiten einer Medaille, das
 51 zeigen nicht zuletzt die zunehmenden Auslandseinsätze
 52 der Bundeswehr. Die demokratischen Parteien in unserem
 53 Land einschließlich der SPD schrecken vor einer breiten si-
 54 cherheitspolitischen Debatte zurück, sie fürchten Flügel-
 55 kämpfe zwischen pazifistischen und realpolitischen Poli-
 56 tikansätzen. Diese gewollte Sprachlosigkeit öffnet letzt-
 57 lich aber nur die Tür für Populisten und Scharfmacher;
 58 sie greifen berechnete Besorgnisse und Verunsicherun-
 59 gen auf, bieten sich als die Wahrer von Sicherheit, Recht
 60 und Ordnung an. Wir brauchen eine breite öffentliche De-
 61 batte darüber, in welchem Europa wir leben wollen, wie
 62 Deutschland und die EU Sicherheit in einem zunehmend
 63 instabilen internationalen Umfeld und angesichts einer
 64 veränderten US-amerikanischen Militärdoktrin gestalten
 65 müssen. Und wir müssen klären, welche sicherheitspoliti-
 66 schen Prioritäten sich Deutschland und die EU künftig set-
 67 zen sollen.

68
 69 Die folgenden 9 Thesen zu einer sozialdemokratischen Si-
 70 cherheitspolitik verstehen sich als Denkanstoß für diese
 71 notwendige Debatte.

72 **1. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Friedenspoli-
 73 tik**

74 Für die SPD ist Krieg kein Mittel der Politik. Achtung des
 75 Völkerrechts und der Menschenrechte haben oberste Prio-
 76 rität (Art. 26 Grundgesetz). Was bedeutet das in einer Welt
 77 zunehmender Unordnung und Unsicherheit? Wo finden
 78 wir auf der internationalen Ebene Partner und Gleichge-
 79 sinnte? Friedliche Konfliktlösungen haben auf Dauer nur
 80 eine Chance, wenn die Menschen das Gefühl haben, in ei-
 81 ner gerechten Welt zu leben.

82
 83 **2. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Entspan-
 84 nungspolitik**

85 Gegenwärtig nehmen Spannungen und Konflikte in der
 86 Welt zu, die internationale Sicherheitsordnung zeigt ge-
 87 fährliche Risse, der Weltsicherheitsrat ist blockiert und
 88 die Vereinten Nationen können ihre Aufgabe weltweiter
 89 Friedenssicherung nur in sehr beschränktem Umfang er-
 90 füllen. Die Idee einer multipolaren Welt mit einer nach-
 91 haltigen Friedensordnung scheint zu verblassen. Politisch,
 92 wirtschaftlich und zunehmend auch militärisch instru-
 93 mentalisierte Macht- und Hegemonialpolitik ersetzt zu-
 94 nehmend den friedlichen Interessenausgleich. Umso ent-
 95 schiedener muss die SPD die Politik der Entspannung,
 96 des Dialogs und der partnerschaftlichen internationalen
 97 Zusammenarbeit vertreten. Die für das Menschenrecht
 98 kämpfende Internationale wird heute mehr denn je wie-
 99 der gebraucht. Mehr denn je muss die Sozialdemokra-

Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung versagen.

Auf der Grundlage dieser zu erarbeitenden europäischen Strategie folgt die Schaffung einer EU-Armee mit einem dem EU- Parlament zugeordneten parlamentarischen Kontrollmechanismus, welcher den Standard des deutschen Parlamentsvorbehalts für Auslandseinsätze erfüllt, die Schaffung eines eigenständigen Verteidigungsausschusses und eines verantwortlichen EU- Verteidigungskommissar, eines zivil- militärischen EU- Hauptquartiers sowie einer europäischen Führungsakademie als Teil der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, welche grundlegender Rahmen für kollektive Sicherheit bleibt und durch den gestärkten europäischen Pfeiler zu einer global aktiven „Agentur zur Zivilisierung von Konflikten“ ausgerichtet wird.

Die Gewährleistung des defensiven Charakters der europäischen Streitkräfte erfolgt durch vom EU-Parlament und den nationalen Parlamenten verabschiedete sicherheits- und verteidigungspolitische Richtlinien und eine entsprechende Fortschreibung einer übergeordneten Europäischen Sicherheitsstrategie.

2. Effiziente EU-Koordinierung von Rüstungsprojekten, transparente und effiziente Beschaffungsstrukturen für die Bundeswehr und gemeinschaftliche EU-Regeln für Rüstungsexporte; für Krisenländer sind sie - auch über Umwege - zu unterbinden. Zusammen mit vorausschauender Konfliktprävention trägt dies dazu bei, aus Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa resultierende Krisen zu verhindern.

Die Grundlage dafür ist die Schaffung von Grundlagen bzw. die Weiterentwicklung von bereits bestehenden Ansätzen für eine zivil-militärische Zusammenarbeit, Arbeitsteilung und gemeinsame Beschaffungspolitik der nationalen Armeen, welche das politische und finanzielle Potential Europas in ganz anderer Weise in friedens- und sicherheitspolitischen Mehrwert umsetzen kann als ein rein quantitativer Aufwuchs der nationalen Rüstungsanstrengungen gemäß des 2 % -Zieles.

Gleichwohl ist der Ausbau der europäischen Finanzarchitektur mit der Schaffung der Position eines europäischen Finanzministers und der sozialen Säule der EU mit der Realisierung des vorliegenden Projekts einer Europäisierung der Sicherheitspolitik einhergehend und unabdingbar.

3. Eine in dieser Form friedens- und sicherheitspolitisch aufgestellte EU könnte auf der Basis mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbar

100 tie international Selbstbewusstsein zurückgewinnen. Die
 101 SPD hat dabei eine ganz wichtige Rolle zu spielen und
 102 kann an die Erfolge in den 60er und 70er Jahre anknüp-
 103 fen. Den rivalisierenden Machtspielen im globalen und re-
 104 gionalen Rahmen muss die Sozialdemokratie wieder ein
 105 überzeugendes Narrativ von Entspannung und Kooperati-
 106 on im gegenseitigen Interesse entgegenstellen. Das erfor-
 107 dert vor allem Kreativität bei der Entwicklung konkreter
 108 gemeinsamer - im EU-Rahmen vor allem gemeinschaftli-
 109 cher - Projekte zur Bewältigung der großen globalen Her-
 110 ausforderungen, wobei nationale Interessen zugunsten
 111 gemeinschaftlichem Vorgehen zurückstehen müssen.

113 **3. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Abrüstungs-** 114 **politik**

115 Bei zunehmender Unsicherheit erscheinen Aufrüstung
 116 und Wagenburgdenken als Gebot der Stunde. Damit wer-
 117 den jedoch nur neue Bedrohungen und wachsende Ängs-
 118 te erzeugt – ganz abgesehen von der damit einhergehen-
 119 den und – jedenfalls von einer Mehrheit in Deutschland
 120 – als gesellschaftspolitisch problematisch erachteten Mi-
 121 litarisierung. Deshalb muss sozialdemokratische Sicher-
 122 heitspolitik jeden im Augenblick erforderlichen Rüstungs-
 123 schritt mit einem sofort verhandelbaren Abrüstungsan-
 124 gebot verbinden und so ein klares und glaubwürdiges Be-
 125 kenntnis zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik abge-
 126 ben.

127 Gleichwohl muss die Bundeswehr adäquat ausgestattet
 128 sein, ihre vorhandenen Systeme müssen funktionieren.
 129 Hierfür bedarf es eines angemessenen Etats, der zielge-
 130 richteter genutzt und vom Parlament effizient kontrolliert
 131 werden muss, um die Sicherheit der Bundeswehrbeschäf-
 132 tigten und den defensiven Auftrag der Bundeswehr lang-
 133 fristig zu sichern.

134

135 **4. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik zielt auf globale** 136 **Ächtung von Nuklearwaffen**

137 Deutschland verzichtet dauerhaft auf eigene Nuklearwaf-
 138 fen. Zugleich setzt sich die SPD für globale nukleare Ab-
 139 rüstung und letztlich die internationale Ächtung von Nu-
 140 klarwaffen ein. Bis dieses Ziel erreicht wird, ist Deutsch-
 141 land mit seinen europäischen Partnern auf den nuklearen
 142 Schutzschild der USA angewiesen. Während des Kalten
 143 Krieges war dieser Schutz unerlässlich. Er ist es auch wei-
 144 terhin, allerdings haben sich die amerikanischen Erwar-
 145 tungen für diesbezügliche Gegenleistungen verändert.
 146 Wir können dem Dilemma, für nukleare Abrüstung einzu-
 147 treten und dennoch nuklearen Schutz zu benötigen, vor-
 148 erst nicht entkommen. Das hindert die SPD aber nicht am
 149 klaren Bekenntnis zu weltweiter nuklearer Abrüstung.

150

151 **5. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Bündnispoli-** 152 **tik**

**strukturen und Handelsregime (also u.a. Handelsverträ-
 gen mit Afrika und anderen Weltregionen auf Augenhö-
 he), einer Wiederaufnahme der Modernisierungspartner-
 schaft mit Russland, einer humanen Geflüchtetenpolitik,
 die an den Fluchtursachen ansetzt und einer consequen-
 ten Politik zur Verteidigung der Menschenrechte und zum
 Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen und
 von Menschenrechtsverteidigern entscheidende Beiträge
 zur Umsetzung der Menschheitsziele leisten, die zur frie-
 denspolitischen DNA der Sozialdemokratie gehören:**

- Die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Krieges, wie sie UN-Charta formuliert, die Ächtung von Krieg und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung, und insbesondere die Abschaffung der Atomwaffen, wie sie der Nichtweiterverbreitungsvertrag und zuletzt der von der UN-Vollversammlung beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag fordern.
- Die Wiederaufnahme einer consequenten Abrüstungspolitik nicht nur für Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen, sondern auch für konventionelle Waffen und Kleinwaffen.

Unabhängig von den hier vorgelegten Forderungen und Vorschlägen zur Europäisierung der Sicherheitspolitik fordern wir die Adressat*innen dieses Antrags zu entschiedenem Widerstand gegen alle Pläne zu weiterer nuklearer Aufrüstung, der Modernisierung von Atomwaffen und zur Einführung bewaffneter Drohnen und autonomer Waffensysteme auf sowie zu einer Initiative zur Einführung von EU-weit gültigen Regeln für Rüstungsexporte auf, die Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete und Krisenländer konsequent unterbinden.

Im Folgenden wird der Antrag mit den „Neun Thesen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik“ begründet.

Begründung:

Neun Thesen zu einer sozialdemokratischen Sicherheits- **politik**

Das Ende des Kalten Krieges, Abrüstungsvereinbarungen und eine prosperierende Weltwirtschaft haben die öffentliche Debatte über äußere Sicherheit während der zurückliegenden 30 Jahre in den Hintergrund gedrängt. Weil Deutschland nur noch von befreundeten oder EU-Mitgliedstaaten umgeben ist, fühlen wir uns sicher und Bedrohungen der äußeren Sicherheit erscheinen weit entfernt und werden allenfalls unklar wahrgenommen. Die Erfahrung einer anwachsenden Terrorismusgefahr lenkt den Blick auf die innere Sicherheit. Innere und äußere Sicherheit sind allerdings zwei Seiten einer Medaille, das

153 Sicherheit, sowohl nach innen wie nach außen, gibt es für
 154 Deutschland nur in Kooperation mit starken und verläss-
 155 lichen Partnern. Angesichts Terrorismus und internatio-
 156 nal vernetzter organisierter Kriminalität erfordert die in-
 157 nere Sicherheit enge europäische und internationale Zu-
 158 sammenarbeit. Für die äußere Sicherheit sind die NATO
 159 und ihre auszubauende europäische Komponente zumin-
 160 dest so lange unabdingbar, wie es keine global durch-
 161 setzbare Ächtung von Kriegen gibt. Der US-amerikanische
 162 Schutzschild ist unverzichtbar. Innerhalb der NATO erfüllt
 163 Deutschland alle Verpflichtungen, die zur Verteidigung
 164 des Bündnisgebietes erforderlich sind. An die Stelle fes-
 165 ter BIP-Quoten für Verteidigungsausgaben, wie das soge-
 166 nannte „2%-Ziel“, sollten klare Aufgabenverteilung treten
 167 und darauf ausgerichteter Rüstungsbedarf definiert wer-
 168 den. Dazu bedarf es neuer Verhandlungen und Klarstel-
 169 lungen innerhalb der NATO.

170 Die SPD sieht Deutschlands Rolle im Bündnis darin, den
 171 Defensivcharakter der NATO zu bewahren und zu stär-
 172 ken. Ziel ist es, die NATO in ein globales System kollek-
 173 tiver Sicherheit einzufügen. Damit die EU auch in der
 174 heute von wachsender Machtrivalität gekennzeichneten
 175 Welt Einfluss behält, braucht sie eine gemeinschaftliche
 176 Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aus sozialdemokra-
 177 tischer Sicht heißt das: in nicht allzu ferner Zukunft gibt
 178 es eine vom Europäischen Parlament kontrollierte und ei-
 179 nem europäischen Verteidigungsministerium zugeordne-
 180 te EU-Armee mit unmissverständlich defensivem Auftrag.
 181

182 1. **6. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Krisen- 183 und Konfliktprävention**

184 Sicherheit besteht nur als gemeinsame Sicherheit aller
 185 Beteiligten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein welt-
 186 weit anerkannter und durchsetzungsfähiger Mechanis-
 187 mus zur Ächtung und Ahndung von Verstößen gegen die-
 188 se gemeinsame Sicherheit. Der Sicherheitsrat der Verein-
 189 ten Nationen kann dies bei seiner derzeitigen Funktions-
 190 weise allerdings nicht leisten. Sicherheit bleibt also pre-
 191 kär, nationale oder kollektive Sicherheitsstrukturen sind
 192 jedenfalls auf absehbare Zeit unerlässlich.
 193

194 **7. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik begrenzt Rüs- 195 tungsexporte**

196 Rüstungsexporte in Länder, in denen (Bürger)-Kriege to-
 197 ben bzw. Regime ihre Bevölkerung unterdrücken und die
 198 Menschenrechte missachten, müssen strikt unterbunden
 199 werden. Ebenso muss der alternative Weg, Verkauf und
 200 Export von Einzelteilen und Komponenten der Waffensys-
 201 teme über andere NATO-Staaten, strengstens kontrolliert
 202 werden. Rüstungsexporte in entsprechende Staaten stel-
 203 len ein unkalkulierbares Risiko für die weltweite Sicher-
 204 heit dar. Wir brauchen eine gemeinsame EU- Rüstungsex-
 205 portpolitik.

zeigen nicht zuletzt die zunehmenden Auslandseinsätze
 der Bundeswehr. Die demokratischen Parteien in unserem
 Land einschließlich der SPD schrecken vor einer breiten si-
 cherheitspolitischen Debatte zurück, sie fürchten Flügel-
 kämpfe zwischen pazifistischen und realpolitischen Poli-
 tikansätzen. Diese gewollte Sprachlosigkeit öffnet letzt-
 lich aber nur die Tür für Populisten und Scharfmacher;
 sie greifen berechnete Besorgnisse und Verunsicherun-
 gen auf, bieten sich als die Wahrer von Sicherheit, Recht
 und Ordnung an. Wir brauchen eine breite öffentliche De-
 batte darüber, in welchem Europa wir leben wollen, wie
 Deutschland und die EU Sicherheit in einem zunehmend
 instabilen internationalen Umfeld und angesichts einer
 veränderten US-amerikanischen Militärdoktrin gestalten
 müssen. Und wir müssen klären, welche sicherheitspoliti-
 schen Prioritäten sich Deutschland und die EU künftig set-
 zen sollen.

Die folgenden 9 Thesen zu einer sozialdemokratischen Si-
 cherheitspolitik verstehen sich als Denkanstoß für diese
 notwendige Debatte.

1. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Friedenspoli- tik

Für die SPD ist Krieg kein Mittel der Politik. Achtung des
 Völkerrechts und der Menschenrechte haben oberste Prio-
 rität (Art. 26 Grundgesetz). Was bedeutet das in einer Welt
 zunehmender Unordnung und Unsicherheit? Wo finden
 wir auf der internationalen Ebene Partner und Gleichge-
 sinnte? Friedliche Konfliktlösungen haben auf Dauer nur
 eine Chance, wenn die Menschen das Gefühl haben, in ei-
 ner gerechten Welt zu leben.

2. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Entspan- nungspolitik

Gegenwärtig nehmen Spannungen und Konflikte in der
 Welt zu, die internationale Sicherheitsordnung zeigt ge-
 fährliche Risse, der Weltsicherheitsrat ist blockiert und
 die Vereinten Nationen können ihre Aufgabe weltweiter
 Friedenssicherung nur in sehr beschränktem Umfang er-
 füllen. Die Idee einer multipolaren Welt mit einer nach-
 haltigen Friedensordnung scheint zu verblassen. Politisch,
 wirtschaftlich und zunehmend auch militärisch instru-
 mentalisierte Macht- und Hegemonialpolitik ersetzt zu-
 nehmend den friedlichen Interessenausgleich. Umso ent-
 schiedener muss die SPD die Politik der Entspannung,
 des Dialogs und der partnerschaftlichen internationalen
 Zusammenarbeit vertreten. Die für das Menschenrecht
 kämpfende Internationale wird heute mehr denn je wie-
 der gebraucht. Mehr denn je muss die Sozialdemokra-
 tie international Selbstbewusstsein zurückgewinnen. Die
 SPD hat dabei eine ganz wichtige Rolle zu spielen und
 kann an die Erfolge in den 60er und 70er Jahre anknüp-
 fen. Den rivalisierenden Machtspielen im globalen und re-

206

207 **8. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik fördert globale**
 208 **Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Herausforde-**
 209 **rungen**

210 Es scheint so, als sei unsere Welt aus den Fugen geraten.
 211 In Deutschland und Europa erfahren wir gerade, dass die
 212 Illusion, auf einer Insel der Glückseligen zu leben, ziemlich
 213 schnell zusammenbricht. Zu lange haben wir über die Pro-
 214 bleme in der Welt und im eigenen Land geredet, wir ha-
 215 ben jedoch allenfalls zögerlich, in vielen Fällen gar nicht
 216 gehandelt. So entstand der Eindruck, dass die etablierte
 217 Politik unfähig sei, Lösungen für dringende Probleme her-
 218 vorzubringen; schließlich ging damit auch Vertrauen in
 219 die Demokratie verloren. Die SPD muss wieder zum Vorrei-
 220 ter für Solidarität und eine gerechte Weltordnung werden.
 221 Neoliberaler Egoismus, die Überschätzung von Eigennutz
 222 und Dominanz, hegemoniales Machtstreben untergraben
 223 solidarisches menschliches Zusammenleben und friedli-
 224 chen Interessenausgleich. Die SPD muss unzweideutig er-
 225 klären, dass Abschottung, die Verfolgung rein nationaler
 226 Interessen und das Streben nach einseitigem Vorteil Irr-
 227 wege sind, die Konflikte nur verstärken und unausweich-
 228 lich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Im
 229 Dezember 1979 schrieb Willy Brandt in seinem Vorwort
 230 zum Bericht des Club of Rome: "Dieser Bericht ... wendet
 231 sich gegen die Neigung, die Dinge laufen zu lassen. Er will
 232 nachweisen, ... dass wir eine gute Chance haben ... Wenn
 233 wir entschlossen sind, die Zukunft der Welt so zu gestal-
 234 ten, dass sie durch Frieden und Wohlfahrt, durch Solidari-
 235 tät und Würde geprägt sein wird." Der Bericht nannte
 236 all die heute schier unüberwindbar scheinenden globalen
 237 Herausforderungen – und er machte deutlich, dass es Lö-
 238 sungen gibt, wenn wir sie solidarisch und in gemeinsamer
 239 Anstrengung anpacken. Die SPD muss wieder Partei der
 240 klaren Zukunftsvision werden, die Wege nach vorn eröff-
 241 net und den Menschen so Hoffnung gibt, anstatt sie mit
 242 ihren Ängsten vor einer alle Werte zerstörenden Globali-
 243 sierung allein lässt. Die Partei muss wieder eigenständig
 244 denken und das Handeln nicht Regierungskoalitionen und
 245 ihren Minimalkompromissen überlassen. Die SPD muss
 246 auch wieder ein gut vernetztes internationales Sekretari-
 247 at haben, dessen Aufgabe nicht in einer Nebenaußen-
 248 politik, sondern vielmehr in der Vorbereitung und Umset-
 249 zung internationaler sozialdemokratischer Zusammenar-
 250 beit besteht.

251

252 **9. Demokratie, Menschenrechte und Global Good Gover-**
 253 **nance sind Grundlagen sozialdemokratischer Sicherheits-**
 254 **politik**

255 Wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet
 256 nicht, andere Staaten oder Regierungen an den Pranger zu
 257 stellen (Kritik ist wohlfeil, führt meist nur zu Frontstellun-
 258 gen), vielmehr geht es darum, die Vorteile herauszustel-

gionalen Rahmen muss die Sozialdemokratie wieder ein
 überzeugendes Narrativ von Entspannung und Kooperati-
 on im gegenseitigen Interesse entgegenstellen. Das erfor-
 dert vor allem Kreativität bei der Entwicklung konkreter
 gemeinsamer - im EU-Rahmen vor allem gemeinschaftli-
 cher - Projekte zur Bewältigung der großen globalen Her-
 ausforderungen, wobei nationale Interessen zugunsten
 gemeinschaftlichem Vorangehen zurückstehen müssen.

3. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Abrüstungs-
politik

Bei zunehmender Unsicherheit erscheinen Aufrüstung
 und Wagenburgdenken als Gebot der Stunde. Damit wer-
 den jedoch nur neue Bedrohungen und wachsende Ängs-
 te erzeugt – ganz abgesehen von der damit einhergehen-
 den und – jedenfalls von einer Mehrheit in Deutschland
 – als gesellschaftspolitisch problematisch erachteten Mi-
 litarisierung. Deshalb muss sozialdemokratische Sicher-
 heitspolitik jeden im Augenblick erforderlichen Rüstungs-
 schritt mit einem sofort verhandelbaren Abrüstungsan-
 gebot verbinden und so ein klares und glaubwürdiges Be-
 kenntnis zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik abge-
 ben.

Gleichwohl muss die Bundeswehr adäquat ausgestattet
 sein, ihre vorhandenen Systeme müssen funktionieren. Hierfür
 bedarf es eines angemessenen Etats, der zielge-
 richteter genutzt und vom Parlament effizient kontrolliert
 werden muss, um die Sicherheit der Bundeswehrbeschäftig-
 ten und den defensiven Auftrag der Bundeswehr lang-
 fristig zu sichern.

4. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik zielt auf globa-
le Ächtung von Nuklearwaffen

Deutschland verzichtet dauerhaft auf eigene Nuklearwaf-
 fen. Zugleich setzt sich die SPD für globale nukleare Ab-
 rüstung und letztlich die internationale Ächtung von Nu-
 klarwaffen ein. Bis dieses Ziel erreicht wird, ist Deutsch-
 land mit seinen europäischen Partnern auf den nuklearen
 Schutzschild der USA ange-wiesen. Während des Kalten
 Krieges war dieser Schutz unerlässlich. er ist es auch wei-
 terhin, allerdings haben sich die amerikanischen Erwar-
 tungen für diesbezügliche Gegenleistungen verändert.
 Wir können dem Dilemma, für nukleare Abrüstung einzu-
 treten und dennoch nuklearen Schutz zu benötigen, vor-
 erst nicht entkommen. Das hindert die SPD aber nicht am
 klaren Bekenntnis zu weltweiter nuklearer Abrüstung.

5. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Bündnispoli-
tik

Sicherheit, sowohl nach innen wie nach außen, gibt es für
 Deutschland nur in Kooperation mit starken und verlässli-
 chen Partnern. Angesichts Terrorismus und internatio-
 nal vernetzter organisierter Kriminalität erfordert die in-

259 len, die mit der Achtung der Menschenrechte und guter
 260 Regierungsführung einhergehen; das friedliche Zusam-
 261 menleben kann ohne gegenseitige Achtung und gewalt-
 262 freie Lebensumstände für Bürgerinnen und Bürger überall
 263 auf der Welt nicht gewährleistet werden.

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294

295

296

297

298

299

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

nere Sicherheit enge europäische und internationale Zu-
 sammenarbeit. Für die äußere Sicherheit sind die NATO
 und ihre auszubauende europäische Komponente zumin-
 dest so lange unabdingbar, wie es keine global durch-
 setzbare Ächtung von Kriegen gibt. Der US-amerikanische
 Schutzschild ist unverzichtbar. Innerhalb der NATO erfüllt
 Deutschland alle Verpflichtungen, die zur Verteidigung
 des Bündnisgebietes erforderlich sind. An die Stelle fes-
 ter BIP-Quoten für Verteidigungsausgaben, wie das soge-
 nannte „2%-Ziel“, sollten klare Aufgabenverteilung treten
 und darauf ausgerichteter Rüstungsbedarf definiert wer-
 den. Dazu bedarf es neuer Verhandlungen und Klarstel-
 lungen innerhalb der NATO.

Die SPD sieht Deutschlands Rolle im Bündnis darin, den
 Defensivcharakter der NATO zu bewahren und zu stär-
 ken. Ziel ist es, die NATO in ein globales System kollek-
 tiver Sicherheit einzufügen. Damit die EU auch in der
 heute von wachsender Machtrivalität gekennzeichneten
 Welt Einfluss behält, braucht sie eine gemeinschaftliche
 Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aus sozialdemo-
 kratischer Sicht heißt das: in nicht allzu ferner Zukunft
 gibt es eine vom Europäischen Parlament kontrollierte
 und einem/r euro-päischen VerteidigungsministerIn zu-
 geordnete EU- Armee und eine entsprechende Fortschrei-
 bung der Europäischen Sicherheitsstrategie (Comprehen-
 sive Approach).

6. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Krisen- und Konfliktprävention

Sicherheit besteht nur als gemeinsame Sicherheit aller
 Beteiligten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein welt-
 weit anerkannter und durchsetzungsfähiger Mechanis-
 mus zur Ächtung und Ahndung von Verstößen gegen die-
 se gemeinsame Sicherheit. Der Sicherheitsrat der Verein-
 ten Nationen kann dies bei seiner derzeitigen Funktions-
 weise allerdings nicht leisten. Sicherheit bleibt also pre-
 kär, nationale oder kollektive Sicherheitsstrukturen sind
 jedenfalls auf absehbare Zeit unerlässlich.

7. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik begrenzt Rüs- tungsexporte

Rüstungsexporte in Länder, in denen (Bürger)-Kriege to-
 ben bzw. Regime ihre Bevölkerung unterdrücken und die
 Menschenrechte missachten, müssen strikt unterbunden
 werden. Ebenso muss der alternative Weg, Verkauf und
 Export von Einzelteilen und Komponenten der Waffensys-
 teme über andere NATO-Staaten, strengstens kontrolliert
 werden. Rüstungsexporte in entsprechende Staaten stel-
 len ein unkalkulierbares Risiko für die weltweite Sicher-
 heit dar. Wir brauchen eine gemeinsame EU- Rüstungsex-
 portpolitik.

312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364

8. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik fördert globale Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Herausforderungen

Es scheint so, als sei unsere Welt aus den Fugen geraten. In Deutschland und Europa erfahren wir gerade, dass die Illusion, auf einer Insel der Glückseligen zu leben, ziemlich schnell zusammenbricht. Zu lange haben wir über die Probleme in der Welt und im eigenen Land geredet, wir haben jedoch allenfalls zögerlich, in vielen Fällen gar nicht gehandelt. So entstand der Eindruck, dass die etablierte Politik unfähig sei, Lösungen für dringende Probleme hervorzubringen; schließlich ging damit auch Vertrauen in die Demokratie verloren. Die SPD muss wieder zum Vorreiter für Solidarität und eine gerechte Weltordnung werden. Neoliberaler Egoismus, die Überschätzung von Eigennutz und Dominanz, hegemoniales Machtstreben untergraben solidarisches menschliches Zusammenleben und friedlichen Interessenausgleich. Die SPD muss unzweideutig erklären, dass Abschottung, die Verfolgung rein nationaler Interessen und das Streben nach einseitigem Vorteil Irrwege sind, die Konflikte nur verstärken und unausweichlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Im Dezember 1979 schrieb Willy Brandt in seinem Vorwort zum Bericht des Club of Rome: "Dieser Bericht ... wendet sich gegen die Neigung, die Dinge laufen zu lassen. Er will nachweisen, ... dass wir eine gute Chance haben ... Wenn wir entschlossen sind, die Zukunft der Welt so zu gestalten, dass sie durch Frieden und Wohlfahrt, durch Solidarität und Würde geprägt sein wird." Der Bericht nannte all die heute schier unüberwindbar scheinenden globalen Herausforderungen – und er machte deutlich, dass es Lösungen gibt, wenn wir sie solidarisch und in gemeinsamer Anstrengung anpacken. Die SPD muss wieder Partei der klaren Zukunftsvision werden, die Wege nach vorn eröffnet und den Menschen so Hoffnung gibt, anstatt sie mit ihren Ängsten vor einer alle Werte zerstörenden Globalisierung allein lässt. Die Partei muss wieder eigenständig denken und das Handeln nicht Regierungskoalitionen und ihren Minimalkompromissen überlassen. Die SPD muss auch wieder ein gut vernetztes internationales Sekretariat haben, dessen Aufgabe nicht in einer Nebenaußenpolitik, sondern vielmehr in der Vorbereitung und Umsetzung internationaler sozialdemokratischer Zusammenarbeit besteht.

9. Demokratie, Menschenrechte und Global Good Governance sind Grundlagen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

Wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet nicht, andere Staaten oder Regierungen an den Pranger zu stellen (Kritik ist wohlfeil, führt meist nur zu Frontstellungen), vielmehr geht es darum, die Vorteile herauszustellen, die mit der Achtung der Menschenrechte und guter

365
366
367
368

Regierungsführung einhergehen; das friedliche Zusammenleben kann ohne gegenseitige Achtung und gewaltfreie Lebensumstände für Bürgerinnen und Bürger überall auf der Welt nicht gewährleistet werden.